

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 100 (2020)
Heft: 1075
Rubrik: Duell des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Duell des Monats

Warum drucken wir nicht einfach mehr Geld, um Probleme zu lösen?

Stephanie Kelton

Ja, ich bin dafür, und zwar auf Basis der «Modern Monetary Theory». Dahinter steckt eine makroökonomische Theorie mit folgendem Ausgangspunkt: Solange Regierungen Fiat-Währungen mit variablen Wechselkursen betreiben, unterliegen sie niemals einer finanziellen Einschränkung. Länder wie die USA, Japan und die Schweiz (um nur einige zu nennen) müssen weder Steuern erheben noch Kredite aufnehmen, um Rechnungen zu bezahlen. Für staatliche Investitionen ist es ausreichend, Auszahlungen zu autorisieren, um von der Zentralbank Geld auf die entsprechenden Konten zu erhalten.

Das ist keine Empfehlung dafür, wie die Dinge laufen sollten; es ist eine Beschreibung dessen, wie quasi alle Staaten bereits jetzt Geld ausgeben. Durch Staatsausgaben wird Geld in Form von Bankguthaben und Einlagen «geschöpft» bzw. herbeigezaubert. Es gibt keinen anderen Weg, dies zu tun. Das stellt uns vor die zentrale Frage: Wenn Regierungen keiner budgetären Beschränkung unterliegen, warum sollten sie dann nicht Geld ausgeben, um Probleme zu lösen? Sie sollen ja dem Gemeinwohl dienen. Regierungen sollten sich insbesondere verpflichtet fühlen, die ganze Bandbreite ihrer geldschöpferischen Kräfte dazu zu nutzen, dem Klimawandel zu begegnen und ein klimatisches Armageddon zu verhindern. Das wiederum entbindet Regierungen nicht von der Pflicht, das Risiko einer Inflation im Auge zu behalten.

Jede Ökonomie kann nur eine gewisse Höhe an Ausgaben verkraften, bevor sie an die Grenzen der Vollbeschäftigung stösst. Wenn allerdings in der Wirtschaft genug Leerlauf stattfindet, können Regierungen risikofrei neues Geld schaffen, um damit Probleme zu lösen. Wenn sich eine Wirtschaft bereits auf die Vollbeschäftigung zubewegt, beinhaltet jede zusätzliche Ausgabe (nicht nur Staatsausgaben) das Risiko der Inflation. An diesem Punkt müssen Regierungen bereit sein, die Geldpresse in einen Reisswolf zu verwandeln (d.h. Steuern zu erheben) oder sonst wie neue Ausgaben zu verhindern, um Inflation zu verhindern.

Thorsten Polleit

Nein, das ist ein fataler Fehlschluss. Eine Volkswirtschaft wird reicher, wenn sie das Angebot an Konsum- und Produktionsgütern steigert, nicht die Geldmenge. Sonst wäre das inflationsgebeutelte Simbabwe das

reichste Land der Welt. Dazu drei Denkschritte:

Erstens: Das Geld, das allgemein akzeptierte Tauschmittel, hat nur eine Funktion: die Tauschmittelfunktion; die Wertaufbewahrungs- und Recheneinheitfunktion sind lediglich besondere Ausprägungen der Tauschmittelfunktion. *Zweitens:* Jede gerade vorhandene Geldmenge (sagen wir 5000 Mrd. CHF) erfüllt die Geldfunktion so gut wie jede andere Geldmenge (sagen wir 10 000 Mrd. CHF) auch. In beiden Fällen können alle Güterumsätze problemlos abwickelt werden. Bei einer geringen Geldmenge fallen die Güterpreise niedrig aus, und bei einer grossen Geldmenge fallen sie hoch aus. *Drittens:* Weil Geld nur nützlich ist, um es heute oder künftig zu tauschen, ist die einzige Konsequenz, die eine Vermehrung der Geldmenge hat, dass der Tauschwert der Geldeinheit abnimmt. Denn das Geld unterliegt, wie jedes andere Gut auch, dem handlungslogischen «Gesetz des abnehmenden Grenznutzens» – der Tauschwert nimmt mit zunehmender Geldmenge ab.

Das Plädoyer für eine Geldmengenvermehrung beruht nicht auf ökonomischer Vernunft, sondern auf einer perfiden Idee: Steigt die Geldmenge, kommt es zu einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen: Die Erstempfänger sind die Begünstigten, die Spätempfänger sind die Verlierer. Das ist der Grund, warum Staat und Sonderinteressengruppen (wie Banken und Grossindustrie) feurige Befürworter des ungedeckten Papiergeldes sind. Sie profitieren auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung. Viele Ökonomen – weil sie als «nützliche Idioten» das nicht erkennen oder weil sie sich wider besseres Wissen politisch einspannen lassen – verbreiten leider die Botschaft, die Geldmenge müsse wachsen, damit es dem Gemeinwesen gut gehe. Ein ökonomischer Unsinn mit fatalen Folgen für die Mehrheit der Menschen!



PRO

«Durch Staatsausgaben wird Geld in Form von Bankguthaben und Einlagen «geschöpft» bzw. herbeigezaubert.»

Stephanie Kelton

ist eine US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin und führende Vertreterin der «Modern Money Theory». Sie beriet Bernie Sanders bei der letzten US-Präsidentenwahl.

CONTRA

«Ein ökonomischer Unsinn mit fatalen Folgen für die Mehrheit der Menschen!»

Thorsten Polleit

ist Chefvolkswirt der Degussa, Europas grösstem Edelmetallhandelshaus, und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth. Er ist Präsident des Ludwig-von-Mises-Instituts Deutschland und Fellow am Ludwig von Mises Institute, Auburn, Alabama, USA. Sein neuestes Buch heisst «Mit Geld zur Weltherrschaft» (2020, Finanzbuch Verlag).
www.thorsten-polleit.com

